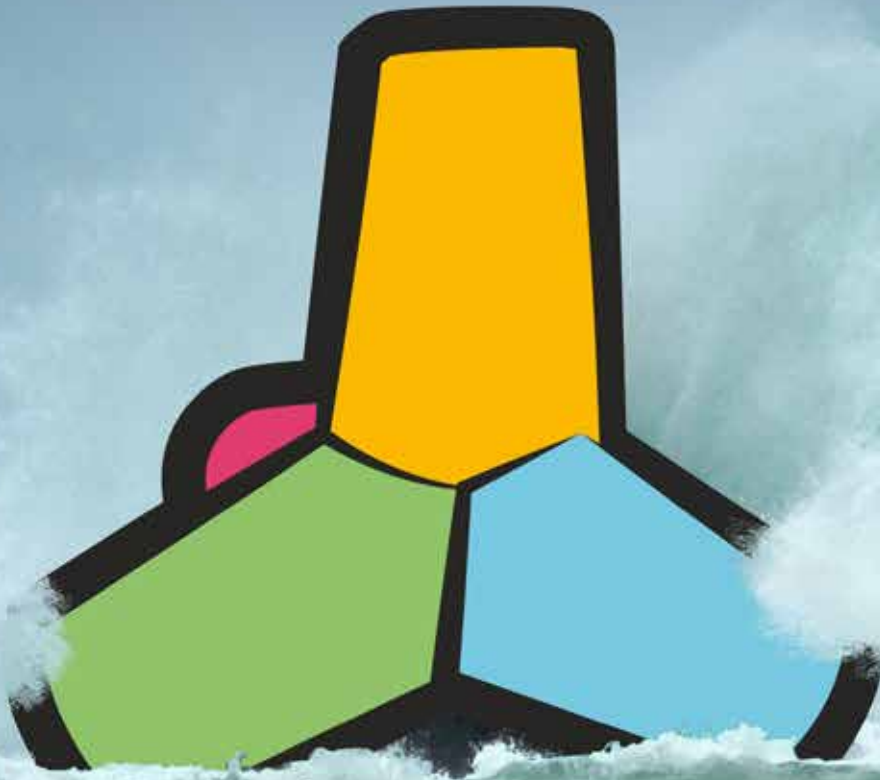


Fusionswelle brechen

**Wie die wachsende Konzernmacht
im Agrarbereich eine zukunftsfähige
Ernährung bedroht und was wir
dagegen tun können!**





Wellenbrecher haben im Wasserbau vor allem Schutzfunktionen: Sie verhindern die Beschädigung von Booten und die Zerstörung von Ufern.

Fusionswelle brechen

Die wachsende Macht der Agrarkonzerne bedroht die Ernährung von uns allen.

Für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern auf der ganzen Welt verteuert sich das überlebenswichtige Saatgut, die Pflanzenvielfalt verringert sich nachweislich auch vor unserer eigenen Haustür und die natürliche Widerstandsfähigkeit von wichtigen Grundnahrungsmitteln wie Mais wird durch industriegetriebene Programme gefährdet.¹

Durch die aktuelle Fusionswelle beherrschen schon jetzt nur wenige Agrarkonzerne den Saatgut- und Pestizidmarkt.

Ganz vorn mit dabei ist der deutsche Chemieriese Bayer, dessen Hochzeit mit dem Gen-Saatgut und Glyphosat-Hersteller Monsanto ein Risiko für Mensch und Natur darstellt.

Und weitere Fusionen zeichnen sich bereits ab. Besonders schlimm ist die Markt- und Machtkonzentration für die Menschen im globalen Süden, die in immer größere Abhängigkeit geraten.

Um das damit einhergehende Machtungleichgewicht nicht noch zu vergrößern und um uns alle auch in Zukunft ernähren zu können, ohne die planetarischen Grenzen zu überschreiten oder die Menschenrechte zu verletzen, **fordert INKOTA die Bundesregierung auf, die Fusionskontrolle zu verschärfen:**



Klagen Sie vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Entscheidung der EU-Kommission, die Fusion von Bayer und Monsanto unter Auflagen zu genehmigen.



Verabschieden Sie jetzt ein Gesetz, durch das weitere Megafusionen verhindert werden.



Vor jeder Fusion müssen **soziale, ökologische und menschenrechtliche Auswirkungen** geprüft werden. Wenn negative Folgen zu erwarten sind, darf die Fusion nicht genehmigt werden.



Das Gesetz muss verhindern, dass die zunehmende **Digitalisierung der Landwirtschaft** zu neuen Mega-Konzernen in diesem Sektor führt.

Die Fusionswelle

Die Fusion von Bayer und Monsanto ist fast unter Dach und Fach. Nachdem sich die europäische Wettbewerbskommission fast ein Dreivierteljahr mit der Prüfung Zeit gelassen hatte, gab Kommissarin Margrethe Vestager am 21. März 2018 grünes Licht für die Fusion.

Wenig später gab auch das Justizministerium in den USA sein OK, die Entscheidung der US-Kartellbehörde wird für Ende Mai erwartet. Nur noch in wenigen weiteren Ländern steht eine Entscheidung der Wettbewerbsbehörden aus, darunter Argentinien und Indien. Die Auflagen halten sich für Bayer im Rahmen: Das Unternehmen wird sein Gemüsesaatgutgeschäft (unter dem Namen Nunhems), ausgewähltes Raps-, Baumwoll- und Sojasaatgut sowie einzelne Pestizidmarken, Produkte zur Saatgutbehandlung und die Forschungsplattform für Hybrid-Weizen verkaufen. Zuletzt willigte Bayer ein, außerdem sein digitales Geschäft zu veräußern. Doch all diese Unternehmenssparten gehen nicht etwa an überschaubare, kleine oder mittelständische Unternehmen, sondern an die weltweite Nummer vier im Pestizidgeschäft: BASF.²

Damit setzt sich die Konzentration im Saatgut- und Pestizidbereich fort. Nach der Fusion von Bayer und Monsanto sowie den vorangegangenen Fusionen von Dow und DuPont (heute: Corteva Agriscience) sowie ChemChina und Syngenta im vergangenen Jahr werden die drei Konzernriesen knapp 60 Prozent des weltweiten Saatgutmarktes und rund 70 Prozent des globalen Pestizidgeschäfts kontrollieren.³ Und in anderen Bereichen der Wertschöpfungskette vom Saatgut bis zum Supermarktregal sieht es ganz ähnlich aus (siehe Grafik auf der nächsten Seite). Damit sind die Märkte im Agrar- und Lebensmittelbereich dermaßen konzentriert wie in kaum einer anderen Branche.

Leidtragende sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern auf der ganzen Welt: Ihnen drohen Hunger und Armut, weil sich ihr Saatgut verteuert und sie in immer größere Abhängigkeit geraten. Bedroht ist zugleich die zukünftige Ernährung der Menschen weltweit: Die Vielfalt der Pflanzen verringert sich und die langfristige Widerstandsfähigkeit unserer Grundnahrungsmittel nimmt ab.

Wissenswertes rund um die Bayer AG



Von den rund 2.000 Patenten, die das Europäische Patentamt in den vergangenen Jahren auf gentechnisch veränderte Pflanzen gewährt hat, besitzt Bayer 206, unter anderem auf Mais, Weizen, Reis, Gerste, Soja und Baumwolle. Der deutsche Konzern liegt damit auf Platz eins – noch vor Monsanto (119 Patente) und BASF (114).⁴

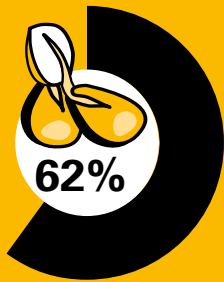
15 Wirkstoffe werden von Bayer nur in Afrika, Asien und Lateinamerika verkauft. Elf davon sind in Deutschland sogar verboten, darunter etwa Fipronil.⁵

Bayer ist der wichtigste Hersteller der so genannten Neonikotinoide – eine Klasse von Pestiziden, die für das Bienensterben mit verantwortlich gemacht werden. Dieses Risiko hat nun auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit bestätigt.⁶ Am 27. April 2018 stimmten die EU-Mitgliedstaaten mehrheitlich dem Vorschlag der Kommission zu, den Einsatz von drei besonders giftigen Neonikotinoiden künftig zu verbieten.

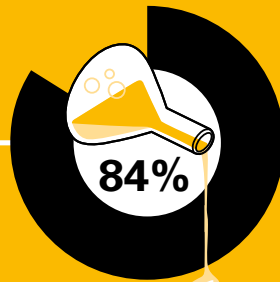
Im Oktober 2016 erstattete das Europäische Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte in Deutschland Anzeige gegen Bayer, da der Konzern das giftige Fungizid Nativo 75 WG in Indien ohne eine in Deutschland verpflichtende Warnung für schwangere Frauen verkauft habe. Der Pflanzenschutzdienst der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen räumte daraufhin ein, dass es zwischen 2014 und 2016 keine Kontrollen beim Export von Pestiziden gegeben hat.⁷

Marktanteile der jeweils vier größten Konzerne im Agrar- und Lebensmittelbereich

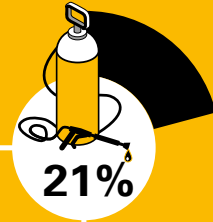
(weltweit bzw. in Deutschland)



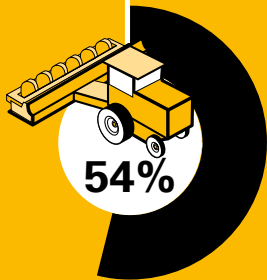
Saatgut
weltweit



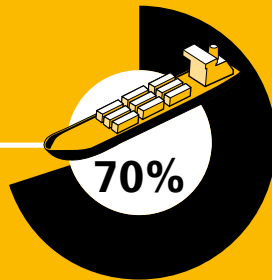
Pestizide
weltweit



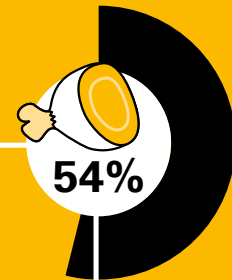
Düngemittel
weltweit



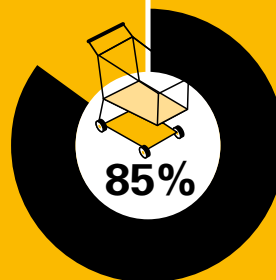
**Landmaschinen
& Daten**
weltweit



Agrarhandel
weltweit



**Lebensmittel-
hersteller**
weltweit



**Lebensmittel-
einzelhandel**
Deutschland

Daten von 2014, Veränderungen durch Fusionen im Saatgut- und Pestizidsektor basieren auf Schätzungen (Stand April 2018).
Quellen: Bundeskartellamt 2014, ETC group 2017, Konzernatlas 2017

Warum wollen Konzerne überhaupt fusionieren?

Welche wirtschaftliche Logik steht hinter der Fusionswelle im Agrarbereich (und vielen anderen Wirtschaftssektoren)? In sämtlichen Wirtschaftsbereichen werden Fusionen und Übernahmen als Möglichkeiten gesehen, um in globalisierten Märkten Marktanteile zu sichern oder zu erweitern und weiter wachsen zu können.

Folgende wirtschaftliche Motive sind dabei zentral:

1. Maximierung des so genannten shareholder value (also der Wert des Unternehmens für AktionärInnen);
2. Stabilisierung oder Erhöhung des Marktanteils, den das Unternehmen im jeweiligen Markt (zum Beispiel für Saatgut) hält;
3. Erschließung neuer regionaler Märkte (zum Beispiel auf einem anderen Kontinent oder in anderen Staaten);
4. Erwerb von neuen Technologien, Dienstleistungen oder Eigentumsrechten (zum Beispiel Patente auf gentechnisch verändertes Saatgut oder Pestizid-Wirkstoffe);
5. Ausweitung der Kontrolle über Teile oder gesamte Lieferketten.⁸

Die fetten Jahre sind vorbei

Ein genauerer Blick auf den Agrarbereich ergibt: Die fetten Jahre sind vorbei. Nach der Nahrungsmittel- und Finanzkrise 2008/09 mit satten Gewinnen für die Agrarindustrie – aufgrund steigender Agrarpreise und einer höheren Nachfrage nach Saatgut und Pestiziden – hat seit circa 2013 eine Trendwende eingesetzt. Die relativ niedrigen Preise für Agrarrohstoffe in den vergangenen Jahren – und das dadurch geringere Einkommen und Kapital von Bäuerinnen und Bauern – haben bei allen fusionierenden Konzernen im Saatgut- und Pestizidsektor (außer bei Bayer) zu sinkenden Umsatzzahlen geführt.¹⁰ Die Preise für Pestizide fielen beispielsweise im Jahr 2015 global betrachtet um 9,6 Prozent.¹¹ Im Bereich Agrartechnik und Landmaschinen war der Rückgang mit 18 Prozent in 2015 sogar noch stärker.¹² Hinzu kommt, dass 2014 die ersten Patente auf gentechnisch verändertes Saatgut ausgelaufen sind. Außerdem sind viele Märkte, vor allem in den USA und Europa, gesättigt und neue Märkte – etwa auf dem afrikanischen Kontinent – noch wenig erschlossen. Auf der anderen Seite sind vor allem die Kosten für Forschung und Entwicklung gestiegen.

Die Entwicklung eines Pestizids kostet durchschnittlich 256 Millionen US-Dollar, die einer neuen Saatgutsorte rund 136 Millionen US-Dollar.¹³ Das hängt auch damit zusammen, dass die Pestizid-Pipeline bereits aufgebraucht ist: Ähnlich wie bei Antibiotika wurden innerhalb von 70 Jahren bereits alle gegenwärtig verfügbaren Wirk-

Fusionen und Übernahmen:

Streng genommen bezeichnen Fusionen Unternehmenszusammenschlüsse, bei denen beide Firmen zu einem neuen Unternehmen verschmelzen. Dabei kann sich der Name des neuen Konzerns aus den beiden fusionierten Unternehmen zusammensetzen oder ganz neu gewählt werden (wie etwa bei der Fusion von Dow Chemical und DuPont: Der Konzern heißt jetzt Corteva Agriscience). Bei einer Übernahme kauft ein Unternehmen ein anderes auf und „schluckt“ dieses sozusagen. Dennoch wird der Begriff Fusion häufig als Überbegriff verwendet, der auch Übernahmen einschließen kann.

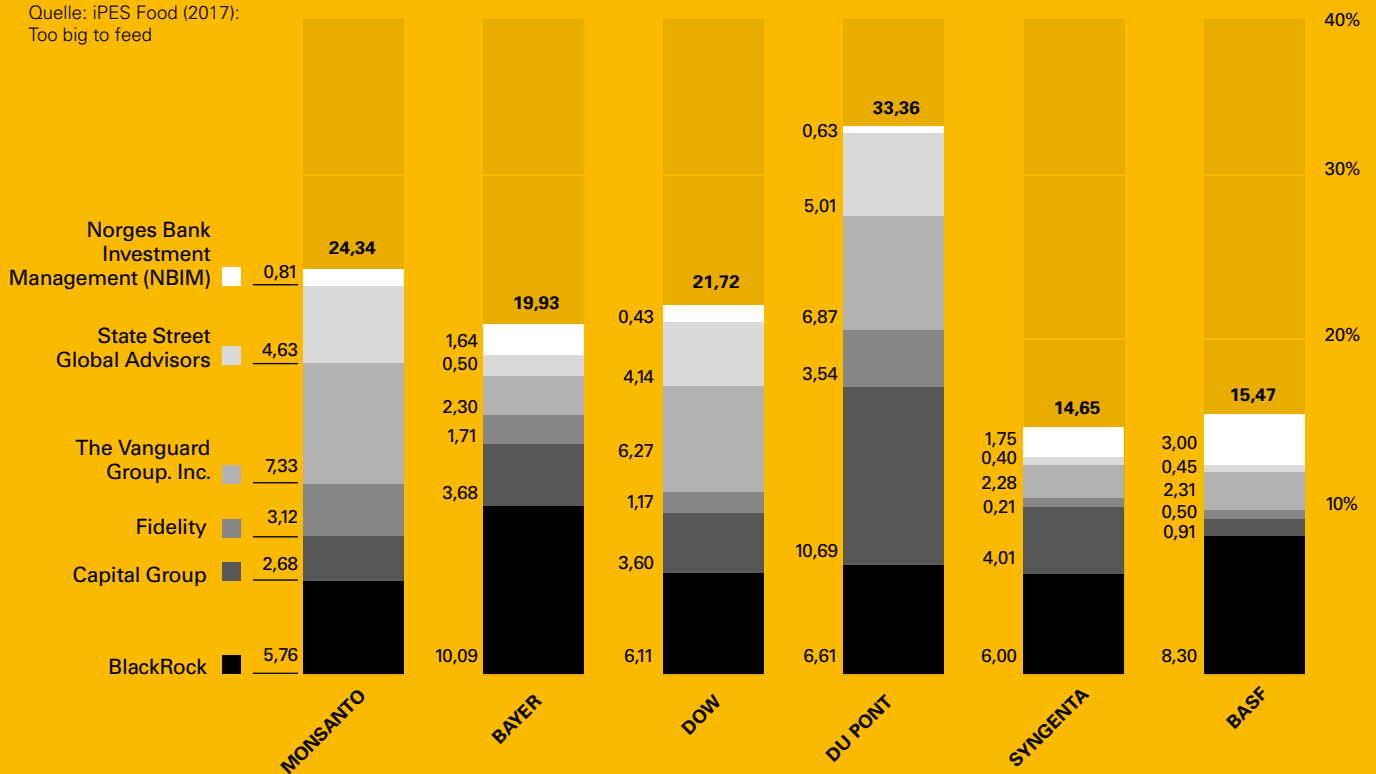
Je größer desto besser: Skaleneffekte

Ein wichtiger Treiber hinter dem Wachsen und Fusionieren von Unternehmen weltweit sind die so genannten Skaleneffekte (Englisch: *economies of scale*). Sie beschreiben den Effekt, dass die Fixkosten (zum Beispiel Fabrikinfrastruktur) pro Stück der hergestellten Ware kontinuierlich sinken, je höher die Stückzahl ist. Dadurch lohnt es sich grundsätzlich, mehr zu produzieren. Inzwischen gibt es bereits einige wachstumskritische, kleinere Unternehmen, die etwa bewusst auf Mengenrabatte gegenüber Händlern verzichten oder diese sogar bei einem höheren Frachtaufwand durch kleinere Bestellungen finanziell unterstützen.⁹

Anteile großer Vermögensverwaltungsgesellschaften an den sechs größten Agrarchemiekonzernen

(Angaben für das Jahr 2016 und in Prozent)

Quelle: iPES Food (2017):
Too big to feed



stoffe für die Herstellung von Pestiziden „verschwendet“ – eine neue Pestizidgeneration ist nicht in Sicht.¹⁴ Das birgt einerseits Risiken durch die Herausbildung von Resistenzen und die Entstehung von so genannten Super-Unkräutern, andererseits kann die Agrarchemie-industrie ohne neue Produkte wirtschaftlich nicht weiter wachsen.

Mit Fusionen raus aus der Krise

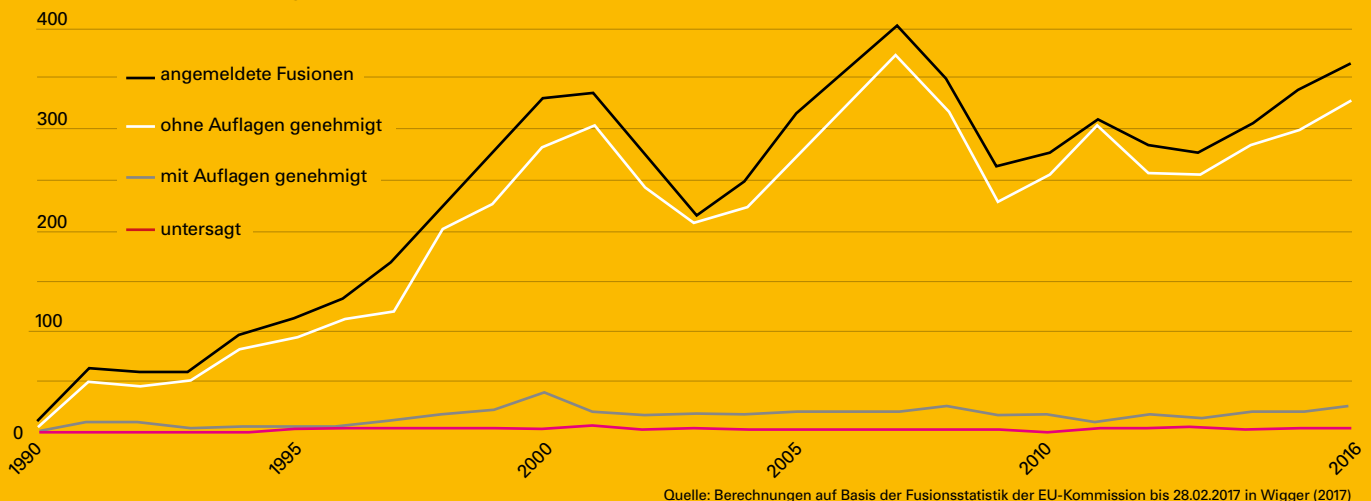
Die Saatgut- und Pestizidunternehmen stehen seit einigen Jahren unter Druck. Die Fusionen bieten vor diesem Hintergrund eine Möglichkeit, durch vereinte Kräfte (also sich ergänzende fachliche Expertise und geteilte finanzielle Ausgaben) die Kosten zu senken und die Umsatzzahlen zu stabilisieren. Dies soll vor allem auch damit gelingen, dass Produkte wie Saatgut, Pestizide, Maschinen und für sie wichtige Informationen auf digitalen Plattformen nun in aufeinander abgestimmten Paketen an Bäuerinnen und Bauern verkauft werden sollen.

Gleichzeitig haben die niedrigen Rohstoffpreise und geringe Zinsen große Investoren angelockt. Sie erwarten, dass die Preise perspektivisch wieder steigen werden, da beispielsweise durch die Folgen des Klimawandels natürliche Ressourcen wie fruchtbare Böden und Wasserquellen immer knapper werden. Auch die Nachfrage

nach Ackerland für industrielle Zwecke steigt, wie zum Beispiel für die Produktion von Agrarkraftstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen oder die Herstellung von „Bioplastik“. Außerdem diversifizieren AnlegerInnen mit Investitionen in Ackerland und andere landwirtschaftliche Segmente ihr Anlageportfolio und sichern damit die Risiken aus anderen, hoch spekulativen Geschäften ab. So haben sich einige Großinvestoren auch aktiv an der Finanzierung der Fusionen beteiligt: Gerade einmal eine Handvoll Vermögensverwaltungsgesellschaften – darunter BlackRock, der größte Einzelaktionär unter anderem von Bayer, Siemens, der Allianz und der Deutschen Bank – finanzieren den Großteil der drei Megafusionen und machen diese überhaupt erst möglich. Allein sechs große institutionelle Anleger, darunter neben Black Rock auch Fidelity und Vanguard, halten rund 24 Prozent der Aktien von Monsanto und 20 Prozent von Bayer.¹⁵

Auch der Anreiz, neue Märkte zu erschließen, spielt bei der Fusion von Bayer und Monsanto eine entscheidende Rolle: So ist Monsanto vor allem in den USA und Lateinamerika stark, während Bayer die höchsten Umsatzerlöse in Europa, Nahost und Afrika erwirtschaftet.¹⁶ Und nicht zuletzt stellt die Digitalisierung der Landwirtschaft eine treibende Kraft der aktuellen Fusionswelle dar (siehe Seite 12 bis 15).

Fusionsentscheidungen der EU-Wettbewerbskommission, 1990 bis 2016



Kleine Geschichte des Wettbewerbsrechts

Die ersten wettbewerbsrechtlichen Regelungen wurden 1890 in den USA vor dem Hintergrund der industriellen Revolution mit dem Sherman Antitrust Act eingeführt.¹⁷ Während eine Konzentration von Marktmacht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch vergleichsweise erfolgreich verhindert werden konnte, änderte sich das in der Nachkriegszeit drastisch: Denn ab den 1970er Jahren prägte die so genannte Chicago School die Wirtschaftspolitik in den USA und weltweit.

Der von ihr propagierte Ansatz, Ökonomie zu betreiben, führte zu einer gelockerten Wettbewerbskontrolle, mit der im Zuge von Liberalisierung, Privatisierung und vor allem Deregulierung die enorme Konzentration in vielen Wirtschaftsbereichen erst möglich wurde.¹⁸ Die Zahl der Fusionen von US-Unternehmen (sowohl national als auch grenzüberschreitend) stieg zwischen 1980 und 1999 von 2.000 auf 9.628 – der Wert der fusionierenden Unternehmen hat sich im selben Zeitraum sogar auf 1,4 Billionen US-Dollar etwa ver Hundertfacht.¹⁹

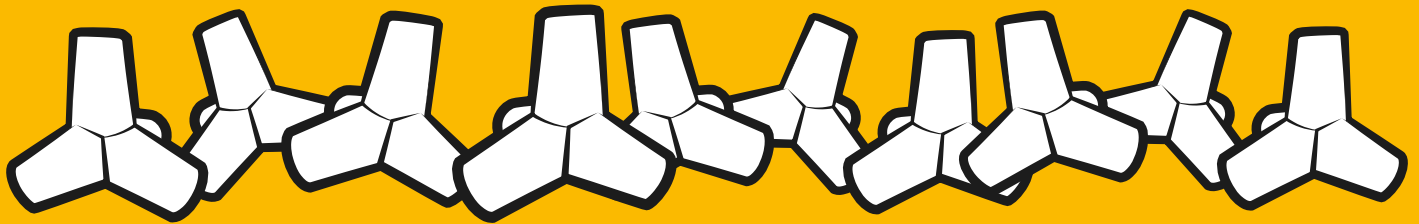
Auch die aktuelle, zweite Phase der europäischen Wettbewerbspolitik orientiert sich an der Chicago School. Nachdem das europäische Wettbewerbsrecht in seinen Anfängen über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft von 1957 geregelt war und sich in seiner ersten Phase zunächst an die eher protektionistische Industriepolitik der Europäischen Gemeinschaft anlehnte, steht die europäische Wettbewerbspolitik seit 1990 ganz im Zeichen der so genannten KonsumentenInnenwohlfahrt. Das bedeutet, dass für die Europäische Wettbewerbskommission effizientes Wirtschaften und

niedrige Preise für VerbraucherInnen die obersten Ziele eines funktionierenden Wettbewerbs darstellen.²⁰ Auch der Begriff der Fusionskontrolle etablierte sich erst 1990 und die Zuständigkeit wurde der Europäischen Kommission zugewiesen.²¹ Bis heute entscheidet die Europäische Wettbewerbskommission deutlich unternehmens- und fusionsfreundlicher als viele nationale Wettbewerbsbehörden und untersagt kaum einen Zusammenschluss. So hat die Kommission zwischen 1990 und 2018 von 6.622 Fusionsanträgen nur 27 – also gerade einmal 0,4 Prozent (!) – untersagt.²²

In Deutschland werden Kartellrecht, Fusions- und Missbrauchskontrolle seit 1958 durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geregelt. Zuständige Behörde ist das Bundeskartellamt in Bonn. Seit dem Inkrafttreten des GWB gab es beinahe in jeder Legislaturperiode Anpassungen. Auch in Deutschland ist die Fusionskontrolle in jüngster Zeit fusionsfreundlicher geworden: So gilt ein Unternehmen seit der achten GWB-Novelle 2013 erst ab 40 Prozent als marktbeherrschend – vorher lag die Schwelle bei 30 Prozent.²³ Dennoch ist das Bundeskartellamt grundsätzlich kritischer als die Europäische Kommission: So untersagte es etwa 2015 die Übernahme der Supermarktkette Kaiser's Tengelmann durch EDEKA²⁴ – diese wurde allerdings durch eine Ministererlaubnis von Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel doch noch möglich. Heute kontrollieren nur vier Supermarktketten – Edeka, Rewe, die Schwarz-Gruppe und Aldi – 85 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland.

Die Chicago School bezeichnet die Denkrichtung einer Gruppe von WirtschaftswissenschaftlerInnen – darunter Milton Friedman – ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die davon überzeugt waren, dass eine Volkswirtschaft dann am erfolgreichsten ist, wenn sich der Markt selbst frei regeln kann und der Staat nicht in das Marktgeschehen eingreift. Letzterer soll nur die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen schaffen, ansonsten gilt das Motto „survival of the fittest“, also das am besten an den Markt angepasste Unternehmen überlebt.

Alternativen sind da und erprobt: Beispiele für gelungene Konzernkontrolle



1. Trennungsgebot: Das Schlacht- und Viehhofgesetz aus den USA

Das 1921 eingeführte Gesetz (Englisch: *Meatpackers and Stockyards Act*) schrieb vor, dass SchlachthausbesitzerInnen nicht gleichzeitig Land und Vieh besitzen durften. Dadurch sollten kleinere Mast- und Fleischereibetriebe vor den großen Konkurrenten geschützt werden.

Das Ergebnis: Der Marktanteil der fünf größten Schlachthöfe der USA konnte bis 1976 im Vergleich zu 1890 mehr als halbiert werden.²⁵ Solch ein Trennungsgebot könnte eine ähnlich erfolgreiche Wirkung im Saatgut-

und Pestizidsektor und anderen landwirtschaftlichen Bereichen erzielen: **Um die Auswahlmöglichkeiten für Bäuerinnen und Bauern aufrecht zu erhalten und deren Abhängigkeit von wenigen Großkonzernen zu verringern, fordert INKOTA daher, dass ein Unternehmen Saatgut und Pestizide oder auch Landmaschinen und Düngemittel nicht aus einer Hand verkaufen dürfen sollte.**

2. Berücksichtigung des öffentlichen Interesses bei Fusionsentscheidungen: Sky-Übernahme

Nach Artikel 21 der europäischen Fusionskontrollverordnung können einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) in die Fusionskontrolle der EU-Kommission eingreifen, wenn sie glauben, dass das öffentliche Interesse (unter anderem die öffentliche Sicherheit und die Medienvielfalt) durch eine Fusion gefährdet sein könnte.²⁶ Vor diesem Hintergrund wurde Anfang 2018 die Übernahme des Fernsehsenders Sky durch 21st Century in Großbritannien letztendlich untersagt. Die britische

Wettbewerbsbehörde fürchtete, dass die Familie Murdoch durch die geplante Übernahme eine zu starke Kontrolle über die britische Medienlandschaft gewinnen könnte.²⁷ **INKOTA fordert, dass in Zukunft die Definition des öffentlichen Interesses ausgeweitet werden sollte und bei der Fusionsprüfung auch Umwelt- und soziale Schäden sowie mögliche Menschenrechtsverletzungen und eine Gefährdung der Ernährungssouveränität berücksichtigt werden sollten.**

3. Entflechtung: Abtrennung von Googles Suchmaschinen-geschäft

Eine weitere Option, um die Macht übergroßer Konzerne einzuschränken, ist die so genannte missbrauchsunabhängige Entflechtung, also das Abtrennen von Konzernteilen, wenn dieser eine bestimmte Größe übersteigt – ungeachtet der Frage, ob ein konkreter Missbrauchsvorwurf vorliegt oder nicht. So legte der Europäische Ausschuss für Wirtschaft und Währung dem Europäischen Parlament im April 2018 einen Bericht vor, in dem er zu dem Schluss kommt, dass der Wettbewerb im Bereich Onlinewerbung nur wiederhergestellt werden

könne, wenn der Internetgigant Google sein Suchmaschinen-geschäft von den anderen Geschäftszweigen abtrennen würde. Das EU-Parlament nahm diesen Bericht mit großer Mehrheit an. Nun liegt es an der EU-Kommission, wie mit dem Vorschlag weiter verfahren wird.²⁸ **INKOTA unterstützt die Forderung eines rechtlichen Entflechtungsinstruments, das auch für Agrarriesen wie Bayer, BASF & Co. angewandt werden könnte.**



Stimmen aus dem globalen Süden

INKOTA hat ExpertInnen und Betroffene aus Afrika, Asien und Lateinamerika gefragt: Was bedeutet die Fusion von Bayer und Monsanto für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und die Bevölkerung in eurem Land? Welche Auswirkungen hat die wachsende Konzernmacht im Agrarbereich schon heute und welche Entwicklungen sind zu erwarten?

„ **Über fünf Millionen Liter Glyphosat, auch**

bekannt als Monsanto Breitbandherbizid Roundup, werden alleine auf den Philippinen jede Anbausaison auf mehr als 600.000 Hektar Gen-Maisfelder gekippt. Dadurch wird alles Leben auf den Äckern sowie die gesamte natürliche Bodenbedeckung zerstört und die Gesundheit der Bäuerinnen und Bauern und der umliegenden Gemeinden gefährdet.

Mao Hermitanio & Alfie Pulumbarit von Resist Agrochemical TNCs und MASIPAG, Philippinen



„ **Von Monsanto sind in Brasilien 23 Produkte zugelassen, darunter auch solche, die in Europa**

verboten sind (wie Alachlor und Acetochlor). Unter den meistverkauften Agrarchemikalien in Brasilien ist Glyphosat – das von Monsanto auf den Markt gebracht wurde – die Nummer Eins. Die Fusion von Bayer und Monsanto wird noch weitere Giftcocktails auf die Felder Brasiliens bringen, die in Europa längst verboten sind.

Luiz Zarref von der Landlosenbewegung (MST), Brasilien



„ **Argentinien war eines der ersten Länder Südamerikas, in denen**

gentechnisch veränderte, gegen Glyphosat resistente Sojapflanzen angebaut wurden. Diese Anbauform hat sich in den letzten 21 Jahren dramatisch ausgebreitet und bedeckt heute 54 Millionen Hektar Land in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – eine Fläche ein gutes Stück größer als Deutschland, Österreich und die Schweiz zusammen. Die Fusion von Bayer und Monsanto stellt einen weiteren Schritt in der Verstetigung eines tödlichen Agrarmodells dar. Denn je mehr sich die Konzernmacht in den Händen Weniger konzentriert, desto schwieriger wird es für die Regierungen und für die Zivilgesellschaft, die Tätigkeiten der Unternehmen zu beobachten und einzuschränken. Dies führt unausweichlich zur Einführung neuer gentechnisch veränderter Sorten, der Anwendung von immer gefährlicherer Agrarchemie und der Vertreibung von indigenen Gruppen und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern von ihrem Land.

Carlos Vicente von GRAIN, Argentinien

„ **Die Konzentration von Konzernmacht hat in den letzten Jahren eine Steigerung des**

Saatgutpreises für Mais bewirkt, der die Preise etwa für Getreide in Südafrika überholt hat. Dies war auch einer der Faktoren, die zwischen 2014 bis 2016 zu höheren Maispreisen für VerbraucherInnen geführt hatten.

Mariam Mayet & Stephen Greenberg vom African Centre for Biodiversity (ACB), Südafrika



„ **Saatgut-Gesetze werden von Regierungen in**



Kooperation mit Saatgut-Konzernen neu formuliert. Diese Konzerne versuchen, den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern das Recht zu verwehren, ihr lokales und indigenes Saatgut zu nutzen. Die Bäuerinnen und Bauern haben keine andere Möglichkeit, als kommerzielles Saatgut zu kaufen. Durch den damit verbundenen Einsatz von chemischen Düngemitteln, Herbiziden und Pestiziden schadet dies auch massiv der Umwelt. Ein agrarökologisches Modell – mit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im Zentrum – wird untergraben, obwohl dies eigentlich die Form von Landwirtschaft ist, die die Umwelt und Mutter Erde bewahrt. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern können schon aus finanziellen Gründen nicht Jahr für Jahr neues Saatgut kaufen. Es ist eine Gefahr für die kleinbäuerliche Landwirtschaft und zerstört ihr Wissen und ihre Traditionen.

Elizabeth Mpofu, Generalkoordinatorin der Internationalen Kleinbauernvereinigung La Vía Campesina (LVC), Simbabwe

„ **Die Programme zur Förderung von bäuerlichem Saatgut**



und Projekte zur agrarökologischen Erzeugung können mit diesen Mega-Unternehmen wegen ihrer geballten wirtschaftlichen und politischen Macht nicht mithalten und verlieren den Anschluss. Dadurch können die Bäuerinnen und Bauern ihre agrarökologische Arbeit kaum noch fortsetzen. Gentechnisch verändertes Saatgut wird leichter eingeführt werden können und das wird die Ernährungssouveränität in unserem Land beeinträchtigen und alle KleinerzeugerInnen, die Grundnahrungsmittel anbauen, in den Ruin treiben, da sie nicht mit dem HochleistungsSaatgut konkurrieren können.

Víctor Sánchez, INKOTA-Partner von Procomes, El Salvador

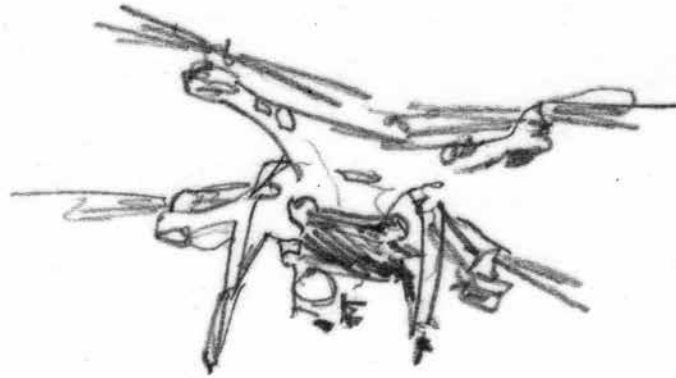
Durch die Unternehmensaktivitäten von

„ **Bayer und Monsanto drohen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der ganzen Welt immer mehr verdrängt zu werden.**



Sie sollen die vermeintlich ‚intelligenten‘ Methoden der industriellen Landwirtschaft anwenden. Dadurch werden die bäuerlichen Gemeinden ihrer Grundrechte wie dem Zugang zu ihrem Saatgut beraubt. Das Agrar-Oligopol bestimmt damit zunehmend die weltweiten Spielregeln.

Luís Muchanga, INKOTA-Partner von der Nationalen Kleinbauernvereinigung UNAC, Mosambik



Digitalisierung als treibende Kraft

Die Digitalisierung der Landwirtschaft ist einer der Haupttreiber der aktuellen Fusionswelle. Sie umfasst die ganze Lieferkette vom Acker bis zum Teller. Neben den klassischen Agrarriesen wie Bayer und Monsanto im Bereich Pestizide und Saatgut, Maschinenherstellern wie Claas oder Rohstoffhändlern tummeln sich auch für die Agrarbranche neue Akteure wie die Internetgiganten Google oder Amazon in diesem Segment.

Wichtige Stichwörter rund um die Digitalisierung der Landwirtschaft sind synthetische Biologie und neue Gentechnikverfahren wie CRISPR/Cas, Überwachungstechnologien wie Drohnen, mit Sensoren ausgestattete Landmaschinen sowie das massenhafte Sammeln und Auswerten von sämtlichen Hof- und Anbaudaten genauso wie von VerbraucherInnen-daten. Wenn schon, unter anderem aufgrund der auslaufenden Patente auf Saatgut, in Zukunft keine riesigen Gewinne mehr mit dem Saatgut- und Pestizidgeschäft zu erreichen sein werden, dann kann das große Geld künftig mit Daten – laut Kanzlerin Merkel der Rohstoff des 21. Jahrhunderts²⁹ – gemacht werden. Auch Bayer selbst sagt, dass die Verluste im Pestizidgeschäft mit höheren Einnahmen durch Dienstleistungsangebote im Bereich digitale Technologien kompensiert werden können.³⁰ Wie schnell und wie umfassend die Digitalisierung Einzug in die Landwirtschaft halten wird, ist noch schwer

zu prognostizieren, zumal die Situation je nach Land und Region unterschiedlich aussehen wird. Prognosen zufolge wächst der Markt für digitale Landwirtschaft jährlich im Durchschnitt um zwölf Prozent.³¹ Die Zahl der installierten IT-Vorrichtungen in der Landwirtschaft soll von 30 Millionen im Jahr 2015 auf 75 Millionen im Jahr 2020 steigen, das heißt mit einem jährlichen Wachstum von 20 Prozent. Es wird erwartet, dass ein landwirtschaftlicher Durchschnittsbetrieb im Jahr 2050 im Mittel 4,1 Millionen Datenpunkte generieren wird. Im Jahr 2014 waren es „nur“ 140.000.³² Die zu verarbeitende Datenmenge steigt also rapide an. Aber erst das Zusammenführen der durch die Digitalisierung gewonnenen Daten ist kennzeichnend für Big Data. Die Datenanalyse beziehungsweise die Datenwissenschaft sind Schlüsselfaktoren, die für die Anwendung von Big Data erforderlich sind. Nur wer hier die Nase vorn hat, wird auch im digitalen Zeitalter das Rennen machen.





Am Ende steht und fällt das Geschäftsmodell mit dem Erfolg des Algorithmus und den daraus resultierenden Handlungsvorgaben für die NutzerInnen der Technik. Wer die Daten und den Algorithmus hat, hat die Macht.

Bayers und Monsantos Digitalgeschäft

Darauf setzen auch Bayer und Monsanto. Der US-Konzern Monsanto ist seit einigen Jahren einer der Hauptakteure in diesem Geschäftsfeld: Zuerst kaufte er 2012 den Technikhersteller für Präzisionslandwirtschaft Precision Planting. Entscheidend war aber vor allem 2013 die Übernahme der Climate Corporation, der weltweit führenden Plattform für landwirtschaftliche

Daten, die bereits auf etwa einem Drittel der landwirtschaftlichen Flächen in den USA genutzt wird. Monsanto und die Climate Corporation kauften 2014 zusammen die Bodenanalyse-Abteilung der Firma Solum sowie die GPS-Technikfirma 640 Labs. Zwei Jahre später übernahm Monsanto das europäische Softwareunternehmen für Farmmanagementsysteme Vital Fields und schließlich 2017 Hydrobio, ein US-Unternehmen, das sich auf die Datenanalyse von Bewässerungssystemen spezialisiert hat.³³

Durch all diese Übernahmen ist Monsanto weltweit der größte Player in der Digitalisierung der Landwirtschaft – und damit für Bayer besonders attraktiv. Bayer hat bisher eher auf Kooperationen im Software- und Technologiebereich gesetzt, unter anderem mit Bosch sowie dem weltweit größten Düngemittelhersteller Yara.³⁵ Im September 2017 kündigte Bayer an, dass das Unternehmen – als Zugeständnis an die internationalen Kartellbehörden – jedenfalls nicht seine Digitalsparte (unter dem Markennamen xarvio) veräußern könne.³⁶ Und in ihrer Entscheidung über die Fusion Ende März 2018 forderte die EU-Wettbewerbskommission Bayer lediglich dazu auf, BASF eine Nutzungslizenz über die digitale Plattform zu erteilen.³⁷ Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit als Reaktion auf die Bedenken der US-Wettbewerbsbehörde hat Bayer nun doch eingewilligt, auch

Bei der so genannten **Präzisionslandwirtschaft** geht es darum, zum Beispiel mit Hilfe von Drohnen und automatisierten Landmaschinen detaillierte Informationen über Ackerpflanzen und Böden sowie Wetterdaten zu sammeln und so bedarfsorientiert und zielgenau Pestizide und Düngemittel auszubringen. Laut dem Münchner Agrarhandelskonzern BayWa könnten so zwölf Prozent der Arbeitszeit, 20 bis 60 Prozent der Energie für die Bodenbearbeitung und zehn Prozent an Pestiziden eingespart werden. Nach Aussage des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages gibt es jedoch keine belastbaren wissenschaftlichen Studien, die dies tatsächlich belegen.³⁴





seine Digitalsparte an BASF abzugeben.³⁸ Doch auch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn zum einen bleiben Bayer-Monsanto ja das riesige Digitalgeschäft von Monsanto und auch die eigenen Kooperationen erhalten und zum anderen verschiebt sich das Machtungleichgewicht lediglich und der Mega-Konzern BASF mit einem Jahresumsatz von 8,5 Milliarden Euro³⁹ wird noch mächtiger.

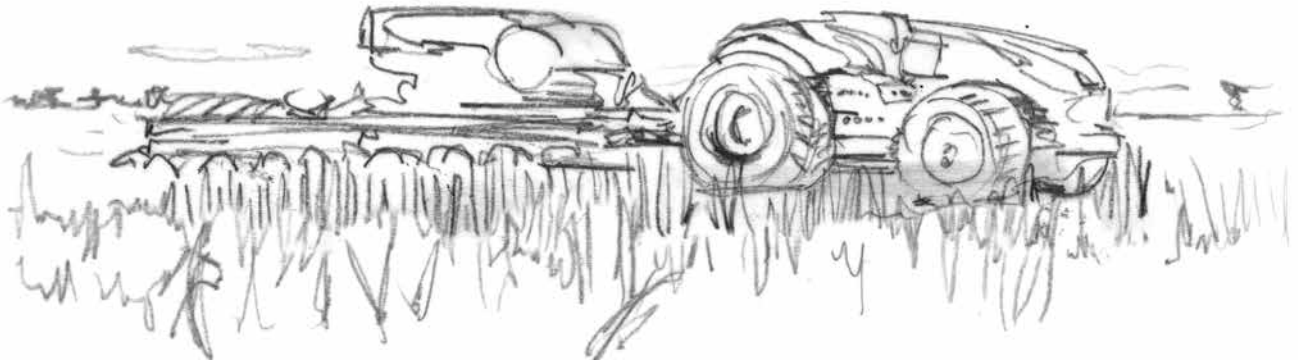
Digitalisierung verstärkt Konzernmacht

Die Digitalisierung der Landwirtschaft verstärkt die Konzentration von Marktmacht in der Hand von wenigen Mega-Konzernen noch weiter. Es handelt sich um eine neue Form der Landnahme auf den Agrar- und Lebensmittelmärkten: Die Digitalisierung schafft neue Anlagemöglichkeiten für das Kapital der beteiligten Konzerne und ihre institutionellen Finanziere, während die Produktionskosten verringert und massenhaft Arbeitskräfte entlassen werden können.

Mit der Digitalisierung der Landwirtschaft geht auch die Hoheit über Millionen von Datenpunkten einher. So werden weltweit auch die LandwirtInnen selbst zu gläsernen Menschen. Denn über das Arbeitsverhalten der ErzeugerInnen und ihrer Mitarbeitenden werden ebenso Daten gesammelt. Die rechtlichen Datenschutzregelungen kommen bei dieser rasanten Entwicklung gar nicht hinterher. Ein weiterer Kritikpunkt an der Digitalisierung der Landwirtschaft bezieht sich auf die

Frage, wer überhaupt Zugang zu den Technologien hat und sich das teure Equipment leisten kann. Bislang sind die Technologien vor allem für finanzkräftige und große Agrarbetriebe im globalen Norden gestaltet, die Wertschöpfung findet ebenfalls im Norden statt. Spezielle Systeme für LandwirtInnen im globalen Süden werden auch mit dem Ziel entwickelt, Abhängigkeiten zu schaffen: Der Landmaschinenhersteller AGCO hat ein digitales Gesamtpaket mit dem Namen „Farm in a Box“ für „nur“ 20.000 US-Dollar auf den Markt gebracht. Um dieses Produkt auch „mittellosen“ Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in ärmeren Regionen des globalen Südens zugänglich zu machen, will AGCO zunehmend mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit kooperieren.⁴⁰ Denn die Finanzierung ist trotz allem kaum ohne Entwicklungsgelder aus dem Norden möglich. Die Konzerne erschließen sich damit neue Märkte. Bäuerinnen und Bauern werden zunehmend von deren Produkten abhängig. Doch ist die Digitalisierung wirklich das Mittel der Wahl, um Hunger und Armut auf der Welt zu

Hintergrundinformationen zum Thema **AGRARÖKOLOGIE** im INKOTA Infoblatt Welternährung Nr 16: *Agrarökologie oder in der Broschüre „Besser Anders, Anders Besser. Mit Agrarökologie die Ernährungswende gestalten“*, herausgegeben von INKOTA gemeinsam mit Brot für die Welt, FIAN, Forum Umwelt und Entwicklung, Heinrich-Böll-Stiftung, MISEREOR, Oxfam Deutschland und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Download oder Bestellung unter www.inkota.de/infoblatt-agraroeekologie, www.inkota.de/besseranders



bekämpfen? Hunger ist kein technisches Problem oder dem Mangel an Nahrungsmitteln geschuldet, sondern ein Verteilungsproblem. Komplexe sozioökonomische Problemlagen lassen sich bei weitem nicht alleine mit Technologien lösen. Eine zusätzliche Gefahr besteht in den verstärkten Abhängigkeiten von den Konzernen, die künftig Saatgut, Pestizide, Düngemittel, Landmaschinen und die Farmmanagement-Software im Rundum-Sorglos-Paket liefern. In so einer Plattform wird der Wettbewerb de facto ausgeschaltet.⁴¹ Bäuerinnen und Bauern – sowohl im globalen Süden als auch im Norden –, die einmal eine der voraussichtlich wenigen verfügbaren digitalen Plattformen der Konzerne in diesem Bereich nutzen, werden in ihren Entscheidungen abhängig von der Funktionsweise der Algorithmen der jeweiligen Plattform sein. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit werden die Konzerne auf ihren Plattformen lediglich Informationen für die „perfekte“ Funktionsweise ihrer Produkte auswerten und diese anbieten und nicht etwa für die Art der Bewirtschaftung, die beispielsweise aus ökologischer Perspektive am sinnvollsten wäre. So ist es für die Konzerne ein Leichtes, die direkte KundInnenbindung auszunutzen, um ausschließlich ihre Produkte zu vermarkten und eventuell höhere Preise zu verlangen. Zudem müssen LandwirtInnen den Versprechen der Konzerne glauben, da ihnen oftmals das notwendige technische Wissen fehlt. Die Konzerne können ihnen so auch neue Bedürfnisse diktieren. Das für eine gute Landwirtschaft zentrale traditionelle Erfahrungswissen der LandwirtInnen gerät zunehmend in Vergessenheit.

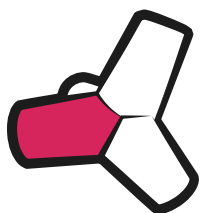
Ebenso werden – sofern sich aktuelle Entwicklungen fortsetzen – agrarökologisch wirtschaftende und kleinere Betriebe kaum Nutzen von technischen Innovationen haben, weil sie vom Agribusiness für das Agribusiness entwickelt wurden.

Bundesregierung fördert Digitalkonzerne

Und was tut die Bundesregierung angesichts dieser Entwicklung? Sie will die Entstehung deutscher und europäischer digitaler Plattformen unter anderem durch schnellere Fusionsprüfungsverfahren sogar erleichtern. So heißt es im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD: „Dort, wo erforderlich, werden wir das Kartellrecht modernisieren, um exzellente regulatorische Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Digitalwirtschaft zu schaffen. [...] Unser Ziel sind starke deutsche und europäische Akteure der Plattformökonomie, deshalb wollen wir vorhandene Hemmnisse abbauen.“⁴² All das soll im Rahmen einer Kommission „Wettbewerbsrecht 4.0“ umgesetzt werden. Dort dürfen aber selbstverständlich nur „Wettbewerbsrechtsexperten“ mitreden – zivilgesellschaftliche Akteure sind explizit nicht willkommen. Von möglichen Risiken der Digitalisierung ist bislang kaum die Rede.

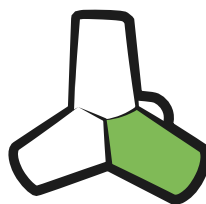


Unsere Forderungen an die Bundesregierung



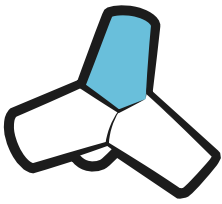
Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Entscheidung der EU-Kommission, die Fusion von Bayer und Monsanto unter Auflagen zu genehmigen.

Die Bundesregierung soll vor dem Europäischen Gerichtshof eine Nichtigkeitsklage gegen die Entscheidung der EU-Wettbewerbskommission, die Fusion von Bayer und Monsanto unter Auflagen zu genehmigen, einreichen. Dafür hat sie ab der Veröffentlichung der Entscheidung der EU-Kommission zwei Monate Zeit. In einem aktuellen Gutachten⁴³ wurde festgestellt, dass Umweltschutzaspekte wie Biodiversität und Ernährungssouveränität im Rahmen von Fusionsprüfungen von der EU-Kommission berücksichtigt werden müssen, weil der Umweltschutz gleichberechtigt zur Wettbewerbsfreiheit im EU-Primärrecht verankert ist. Es muss also vor dem Europäischen Gerichtshof geprüft werden, ob die Umweltaspekte ausreichend von der EU-Kommission berücksichtigt wurden.



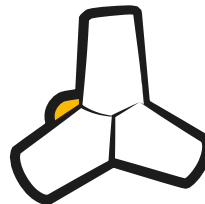
Verabschiedung eines Gesetzes, das weitere Megafusionen verhindert.

Die Bundesregierung soll noch in der aktuellen Legislaturperiode eine Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verabschieden. Diese sollte festschreiben, dass eine Fusion untersagt werden muss, wenn beide Unternehmen zusammen einen Marktanteil von mehr als 20 Prozent erreichen würden. Außerdem sollte ein rechtliches Instrument eingeführt werden, mit dem zu mächtige Konzerne aufgrund ihrer Größe entflochten werden können. Nach dem EU-Recht besteht diese Möglichkeit bereits. In den vergangenen Jahren wurde eine Entflechtung einerseits von Energieunternehmen und andererseits von Internetkonzernen wie Google vorgeschlagen.⁴⁴ Damit im Agrarbereich die Auswahlmöglichkeiten für Bäuerinnen und Bauern erhalten bleiben und ihre Abhängigkeit von wenigen Großkonzernen verringert wird, sollten bei Fusionen die Folgen für die vertikale Konzentration in den Märkten stärker berücksichtigt werden. Unternehmen sollte es unter anderem verboten werden, Produkte bestehend aus Kombipaketen wie Saatgut und Pestiziden oder Landmaschinen und Düngemitteln aus einer Hand verkaufen zu dürfen.



Prüfung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Auswirkungen vor jeder Fusion. Wenn negative Folgen zu erwarten sind, darf die Fusion nicht genehmigt werden.

Die Bundesregierung soll sicherstellen, dass bei der Prüfung neuer Fusionen neben wettbewerblichen Effekten auch soziale, ökologische und menschenrechtliche Auswirkungen untersucht werden. Auch Folgen für Drittländer – vor allem im globalen Süden – müssen berücksichtigt werden. Dafür sollte das Bundeskartellamt verpflichtet werden, sich bei der Fusionsprüfung von ExpertInnen in diesen Punkten beraten zu lassen. Für ökologische Folgen könnte das durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, für soziale Auswirkungen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie für menschenrechtliche Folgen und Auswirkungen auf Drittländer im globalen Süden durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geschehen – unter anderem mittels dessen Menschenrechts-TÜV. Bis sich dieses Verfahren etabliert hat, sollten verpflichtend Bewertungen von ExpertInnen eingeholt und veröffentlicht werden. Außerdem müsste die Definition von „öffentlichem Interesse“ in Artikel 21 der europäischen Fusionskontrollverordnung entsprechend ausgeweitet werden, sodass auch Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, die Einhaltung von Menschenrechten und Ernährungssouveränität inbegriffen sind.



Schaffung neuer digitaler Mega-Konzerne verhindern.

Im Agrarbereich zeichnet sich ab, dass Saatgut, Pestizide und vieles weitere in Zukunft über digitale Plattformen vermarktet werden. In Zukunft muss die Digitalisierung der Landwirtschaft auch aus wettbewerbsrechtlicher Perspektive besser berücksichtigt werden. Primäres Ziel darf nicht die Schaffung neuer Mega-Konzerne sein. Außerdem muss die Zivilgesellschaft unbedingt in die geplante Kommission „Wettbewerbsrecht 4.0“ einbezogen werden. Schließlich sollte die Bundesregierung sich auch verstärkt mit den einhergehenden Risiken durch die Digitalisierung der Landwirtschaft auseinandersetzen, darunter datenschutzrechtliche Probleme, eine weitere Marginalisierung von ErzeugerInnen, die sich die entsprechenden Technologien nicht leisten können, sowie die verstärkte Abhängigkeit von einigen wenigen global agierenden Konzernen.

Appell
 an die Bundesregierung
unterzeichnen!
 unter www.fusionswelle-brechen.de



Endnoten

- 1** African Centre for Biodiversity (2015): Gates and Monsanto's Water Efficient Maize for Africa (WEMA) Project.
- 2** Pressemitteilung von BASF vom 26.04.2018. Online unter: <https://www.basf.com/de/company/news-and-media/news-releases/2018/04/p-18-182.html> [Zugriff: 03.05.2018]
- 3** iPES Food (2017): Too big to feed. Exploring the impacts of mega-mergers, consolidation and concentration of power in the agri-food sector. S. 22 f.
Anmerkung: Die Veränderungen der Marktanteile durch Verkäufe einzelner Segmente in Reaktion auf die Auflagen der internationalen Wettbewerbsbehörden basieren auf Schätzungen (Stand April 2018).
- 4** Oxfam Deutschland (2014): Gefährliche Partnerschaft. Wie die Bundesregierung unter dem Etikett der Armutsbekämpfung die Wirtschaftsinteressen von Agrarkonzernen fördert. S. 11 f.
- 5** PAN Germany (2012): Highly hazardous pesticides from BASF, Bayer, and Syngenta! Results of an international investigation. S. 13
- 6** Pressemitteilung der EFSA vom 28.02.2018. Online unter: <http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/180228> [Zugriff: 03.05.2018]
- 7** ECCHR (2016): Fallbeschreibung Beispiel Nativo (Bayer): Deutschland muss Export von Pestiziden besser kontrollieren. Online unter: <https://www.ecchr.eu/fall/bayer-doppelstandards-beim-vertrieb-von-pestiziden/> [Zugriff: 03.05.2018]
- 8** iPES Food (2017): Too big to feed. Exploring the impacts of mega-mergers, consolidation and concentration of power in the agri-food sector. S. 17
- 9** Premium Cola (2018): 04. Modul "Anti-Mengenrabatt". Online unter: <https://www.premium-cola.de/betriebssystem/oekonomie/198-modul-anti-mengenrabatt> [Zugriff: 03.05.2018]
- 10** African Centre for Biodiversity (2017): The Bayer-Monsanto merger: Implications for South Africa's agricultural future and its smallholder farmers. S. 12
- 11** Croplife (2015): Annual Report. Online unter: <https://croplife.org/news-views/2015-annual-report/global-market-performance-numbers/> [Zugriff: 03.05.2018]
- 12** Heinrich-Böll-Stiftung et al. (2017): Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie. S. 14
- 13** Clapp, Jennifer (2017): Bigger is not always better: Drivers and implications of the recent agribusiness mega mergers. S. 13
- 14** Brückmann, Thomas / Hölzel, Corinna / Löwenstein, Felix / Neubert, Susanne / Smolka, Susanne (2018): Gift auf dem Acker? Innovativ geht anders! Ein Plädoyer für eine giffreie Landwirtschaft. S. 26
- 15** iPES Food (2017): Too big to feed. Exploring the impacts of mega-mergers, consolidation and concentration of power in the agri-food sector. S. 19
- 16** Bayer (2017): Geschäftsbericht 2016. S. 210
- 17** iPES Food (2017): Too big to feed. Exploring the impacts of mega-mergers, consolidation and concentration of power in the agri-food sector. S. 17
- 18** iPES Food (2017): Too big to feed. Exploring the impacts of mega-mergers, consolidation and concentration of power in the agri-food sector. S. 17
- 19** Wigger, Angela (2017): Too Big to Control? The politics of mega-mergers and why the EU is not stopping them. S. 6 und Altunbas, Yener / Gadanez, Blaise / Kara, Alper (2006): The evolution of syndicated loan markets. S. 700
- 20** Wigger, Angela (2017): Too Big to Control? The politics of mega-mergers and why the EU is not stopping them. S. 3
- 21** Wigger, Angela (2017): Too Big to Control? The politics of mega-mergers and why the EU is not stopping them. S. 2
- 22** Europäische Kommission (2018): Mergers statistics. Online unter: <http://ec.europa.eu/competition/mergers/statistics.pdf> [Zugriff: 10.05.2018]
- 23** Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Informationen zum Nationalen Kartell- und Wettbewerbsrecht. Online unter: https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/I/informationen-zum-nationalen-kartell-und-wettbewerbsrecht.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [Zugriff: 03.05.2018]
- 24** Meldung des Bundeskartellamts vom 01.04.2015. Online unter: https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/Pressemitteilungen/2015/01_04_2015_Edeka_Tengelmann_Untersagung.html;jsessionid=9F4D36C198F2E8E91D9F21CF6569D424_2_cid362?nn=3591568 [Zugriff: 03.05.2018]
- 25** Aktion Agrar et al. (2017): Fusion von Bayer & Monsanto. Streitschrift gegen die Ohnmacht der Wettbewerbskontrolle. S. 21
- 26** Amtsblatt der Europäischen Union (2004): Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen. Online unter: https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/Wettbewerbspolitik/eg-fusionskontrollverordnung.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [Zugriff: 03.05.2018]
- 27** Handelsblatt (2018): Wettbewerbsbehörde sperrt sich gegen Sky-Übernahme. Online unter: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/21st-century-fox-wettbewerbs-behoerde-sperrt-sich-gegen-sky-uebernahme/20876098.html> [Zugriff: 03.05.2018]
- 28** Politico (2018): MEPs back report urging break-up of Google services. Online unter: <https://www.politico.eu/article/meps-back-report-urging-break-up-of-google-services/> [Zugriff: 03.05.2018]
- 29** Süddeutsche Zeitung (2015): Merkel: Daten sind Rohstoffe des 21. Jahrhunderts. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/news/wirtschaft/medien-merkel-daten-sind-rohstoffe-des-21-jahrhunderts-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151102-99-08066> [Zugriff: 03.05.2018]
- 30** Zitat Norbert Lemken, Leiter Agrarpolitik bei Bayer Crop Science, im Rahmen des Bioökonomie Netzwerktreffens am 25.04.2018 in Berlin.
- 31** Bayer Cropscience (o.J.): Smarter anbauen mit Präzisionslandwirtschaft. Online unter: <https://www.cropscience.bayer.de/de-de/stories/2017/hightech-helfer-fuer-die-landwirtschaft-von-morgen-smarter-anbauen-mit-praezisionslandwirtschaft> [Zugriff: 03.05.2018]
- 32** Business Insider Deutschland (2016): Why IoT, big data & smart farming are the future of agriculture. Online unter: <https://www.businessinsider.de/internet-of-things-smart-agriculture-2016-10?r=US&IR=T> [Zugriff: 03.05.2018]
- 33** Friends of the Earth / Open Markets / Sum Of Us (2017): Bayer-Monsanto Merger: Big Data, Big Agriculture, Big Problems. S. 5
- 34** taz (2016): Der automatisierte Acker. Online unter: <https://www.taz.de/15265776/> [Zugriff: 03.05.2018]
- 35** Oxfam Deutschland (2018): Fusion von Bayer und Monsanto: Big Player der digitalen Landwirtschaft. Online unter: <https://www.oxfam.de/blog/fusion-bayer-monsanto-big-player-digitalen-landwirtschaft> [Zugriff: 03.05.2018]
- 36** U.S. News (2017): Bayer dismisses antitrust concerns about digital farming. Online unter: <https://www.usnews.com/news/top-news/articles/2017-09-19/bayer-dismisses-antitrust-concerns-about-digital-farming> [Zugriff: 03.05.2018]
- 37** Handelsblatt (2018): Bayer-Monsanto-Fusionsauflagen machen BASF zum Gewinner. Online unter: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/eu-kommission-gibt-gruenes-licht-bayer-monsanto-fusionsauflagen-machen-basf-zum-gewinner/21095416.html?share=mail> [Zugriff: 03.05.2018]
- 38** Handelsblatt (2018): Bayer muss für Monsanto-Deal Digitalsparte verkaufen. Online unter: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/milliarden-uebernahme-bayer-muss-fuer-monsanto-deal-die-digitalsparte-verkaufen/21164654.html?nlayer=News_11252000 [Zugriff: 03.05.2018]
- 39** Pressemitteilung von BASF vom 18.01.2018. Online unter: <https://www.basf.com/de/company/news-and-media/news-releases/2018/01/p-18-108.html> [Zugriff: 03.05.2018]
- 40** Fluter (2016): Im Märzen der Bauer die Drohnen einspannt. Online unter: <http://www.fluter.de/im-maerzen-der-bauer-die-drohnen-einspannt> [Zugriff: 03.05.2018]
- 41** Friends of the Earth / Open Markets / Sum Of Us (2017): Bayer-Monsanto Merger: Big Data, Big Agriculture, Big Problems. S. 4
- 42** Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 19. Legislaturperiode. S. 44. Online unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1 [Zugriff: 03.05.2018]
- 43** Paal, Prof. Dr. Boris P. (2017): Gutachten zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Berücksichtigungsfähigkeit) von außer-ökonomischen Zielen auf Grundlage und am Maßstab der europäischen Fusionskontrollverordnung in dem Kartellverfahren betreffend das Zusammenschlussvorhaben von Bayer AG und Monsanto Co. Online unter: https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/gentechnik/pdf/gutachten-monsanto-2017.pdf [Zugriff: 03.05.2018]
- 44** Euractiv (2012): EU-Staaten lehnen Entflechtung von Energieunternehmen ab. Online unter: <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/eu-staaten-lehnen-entflechtung-von-energieunternehmen-ab-de/> [Zugriff: 03.05.2018]



Impressum

INKOTA-netzwerk e.V.
Chrysanthemenstr. 1-3
10407 Berlin
Telefon: 030 – 42 08 20 20
E-Mail: inkota@inkota.de
Internet: www.inkota.de

Eine unabhängige Stimme braucht eine unabhängige
Finanzierung:

Sie wollen die Arbeit von INKOTA unterstützen? Wir
freuen uns über jede Spende!

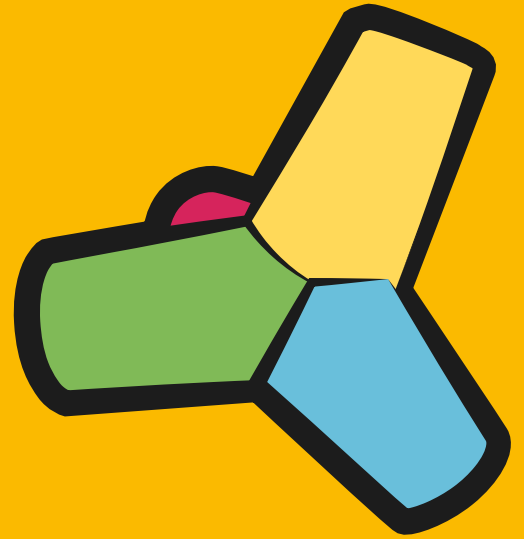
Spendenkonto: KD-Bank
IBAN: DE06 3506 0190 1555 0000 10
BIC: GENODED1DKD

Stichwort: Fusionswelle

Redaktion: Lena Michelsen, Jan Urhahn, Maximilian
Knoblauch (alle INKOTA-netzwerk e.V.)
Gestaltung: Erik Tuckow, www.sichtagitation.de

Stand: Mai 2018





Appell
an die Bundesregierung
unterzeichnen!
unter www.fusionswelle-brechen.de

und bestellen Sie kostenlos Unterschriftenlisten, Flyer, Postkarten, Plakate
und Aufsteller unter www.fusionswelle-brechen.de/material

INKOTA 
netzwerk

Gefördert durch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin, von der Stiftung Nord-Süd-Brücken, von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), von MISEREOR sowie aus Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes. Für die Inhalte ist alleine das INKOTA-netzwerk e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuwendungsgeber wieder.